

Klimaschutz im Land Bremen voranbringen

Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Tage, der nicht mit bloßen Ankündigungen und oberflächlichen Maßnahmen in den nächsten Jahren begegnet werden kann. Auch angesichts der weltweiten Finanzkrise gilt dies uneingeschränkt. Aktuell finden wichtige Weichenstellungen für den Klimaschutz statt. Im polnischen Posen versucht die Weltgemeinschaft eine Architektur für ein künftiges globales Klimaschutzabkommen zu errichten. Und innerhalb der EU geht der heftige Streit über die Klimaziele und -politik in eine entscheidende Runde. Noch vor Weihnachten will und muss der Europäische Rat sich entscheiden, ob er nationalen Egoismen den Vorrang gibt oder ob er weiter Antreiber und Vorreiter des internationalen Klimaschutzes sein möchte. In der Frage der CO₂-Grenzwerte für Pkw haben sich offenbar unter tatkräftiger Mithilfe der Bundesregierung bereits die Interessen der Autoindustrie durchgesetzt – zulasten des Klimaschutzes und der Zukunftsfähigkeit der Automobilunternehmen. Nun muss wenigstens bei den Klimazielen und beim Emissionshandel die klimapolitische Vernunft siegen. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* fordern daher die Bundesregierung und die anderen EU-Mitgliedsstaaten auf, beim EU-Gipfel in Brüssel konsequente Beschlüsse für den Klimaschutz zu fassen und die eigene Glaubwürdigkeit nicht durch kurzfristige faule Kompromisse zu verspielen.

Aber Klimaschutz beginnt auch vor der eigenen Haustür. Daher muss auch der Stadtstaat Bremen seinen Beitrag leisten, alles zu tun, um den beginnenden Klimawandel zumindest zu begrenzen. Mit intelligenten und nachhaltigen Maßnahmen kann der Stadtstaat Bremen es schaffen, Klimaschutzziele zu erreichen und dabei auch die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bremen zu erhöhen. So wird eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung einen Wettbewerbsvorteil darstellen, der den in Bremen ansässigen Unternehmen und damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen wird. Vor dem Hintergrund langfristig steigender Energiepreise werden durch geeignete Klimaschutzmaßnahmen auch die Bürgerinnen und Bürger von einer unabhängigeren und stabilen Energieversorgung profitieren.

Der Senat hat am 11.11.2008 ein Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 verabschiedet. Durch kurzfristige Maßnahmen wie die Umstellung der Stromversorgung öffentlicher Gebäude auf Ökostrom, dem Bau des Weser-Wasserkraftwerkes, dem weiteren Ausbau der Windkraft sowie die Förderung der energetischen Sanierung von Altbauten sollen bis 2010 sechs Prozent CO₂ eingespart werden.

Die weitreichenden Schritte, die notwendig sind, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, bedürfen einer langfristigen Strategie. In dieser Legislaturperiode muss die rot-grüne Koalition eine Klimaschutzstrategie 2020 aufstellen und mit der Umsetzung unverzüglich beginnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb für einen effektiven Klimaschutz im Land Bremen:

1. Klimaschutz als gesellschaftliche Herausforderung

Klimaschutzmaßnahmen müssen ressortübergreifend im Senat entwickelt und umgesetzt werden. Die nachhaltige Senkung der CO₂-Emissionen kann nur gelingen, wenn Klimaschutz als Querschnittsaufgabe begriffen und gesamtgesellschaftlich verankert wird. Alle Ressorts des Senates müssen ihren Beitrag zur CO₂-Minderung im Land

Bremen leisten, insbesondere in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich. Alle politischen Beschlüsse müssen auf ihre Klima-Wirkung überprüft werden.

2. Klimaschutzstrategie entwickeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bremer Landesregierung auf, bis Ende 2009 eine Gesamtstrategie für die Energieversorgung der Städte Bremen und Bremerhaven zu entwickeln und dabei die Bereiche Stromversorgung, Wärmeversorgung und Verkehr integrativ zu betrachten. Die nationalen Klimaschutzziele einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent müssen mindestens der Maßstab auch für das Land Bremen sein. Die Bremer Klimaschutzstrategie muss aufzeigen, wie diese Ziele konkret erreicht werden können.

3. Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen

Bei der Wärmeversorgung von Gebäuden bestehen erhebliche Potenziale zur Reduzierung von CO₂-Emissionen durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärmenutzung. Mit dem Anschluss der Überseestadt ist ein wichtiger Schritt für mehr Fernwärmenutzung in Bremen gelungen. Ein weiterer Ausbau kann durch ein Landes-Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz erreicht werden, das die rechtlichen Möglichkeiten schafft, um auch bei der Altbausanierung die Nutzung regenerativer Energien, wie Solarthermie und Holz, zur Wärmeversorgung verbindlich zu regeln. Auch bei der Novelle der Landesbauordnung müssen Nutzungspflichten von Fern- und Nahwärme festgelegt werden. Mit der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung werden diese Techniken kostengünstiger und damit wettbewerbsfähiger. Dies bietet erhebliche Chancen für das lokale Handwerk in Bremen und schafft neue Arbeitsplätze.

4. Ausbau einer regenerativen und dezentralen Energieversorgung im Land Bremen vorantreiben

Ziel muss es sein, die Energie möglichst dort zu erzeugen, wo sie verbraucht wird. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden zu dezentralen Energieversorgungseinheiten zusammengefasst. Hierzu gehören der Einsatz regenerativer Energiequellen wie Biomasse, Solarenergie und Geothermie für die Gebäudebeheizung und die Stromerzeugung.

5. Energieeffiziente Wirtschaft

Wirtschaftsbetriebe und Industrie sollen sich am Klimaschutz beteiligen und durch effizientere Technologien, höhere Materialeffizienz und Prozessoptimierung einen Beitrag zur CO₂-Minderung leisten. Hierfür müssen auch in der Wirtschaftsförderung gezielte Anreize geschaffen werden.

6. Energieeffizienzplan erarbeiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen „Landesenergieeffizienzplan“ für Bremen, der Ziele formuliert, die über die bestehenden gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, konkrete Maßnahmen benennt und deren zeitliche Umsetzung festlegt. Dieser Landesenergieeffizienzplan schafft die Voraussetzung dafür, dass insbesondere auch der Stromverbrauch deutlich reduziert werden kann. Dafür brauchen wir mehr Energieeinspar-Contracting, Vor-Ort-Energieberatung und Energieeinsparprogramme, die von den Energieversorgern finanziert werden.

7. Mobilitätskonzept mit weniger CO₂-Emissionen

Klimaschutz geht nicht ohne umweltfreundliche Mobilität. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* fordern ein nachhaltiges und klimafreundliches Mobilitätskonzept für Bremen, das die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen deutlich reduziert. Hierzu gehören neben der Verkehrsvermeidung insbesondere der ÖPNV-Ausbau und die Förderung des Fußgänger- und Fahrradverkehrs.

8. Weg von der Kohle – Ausstiegsstrategie erarbeiten

Die bestehenden Steinkohlekraftwerke im Land Bremen erreichen in den nächsten Jahren das Ende ihrer technischen Nutzungsdauer. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* fordern, dass diese Chance für eine Umgestaltung der Strom und Wärmeerzeugung genutzt werden muss. Dies bedeutet, dass frühzeitig eine Strategie zur Beendigung der klimaschädlichen Kohleverstromung entwickelt werden muss. Dies soll im Einklang mit den bundesweiten Ausbauzielen für die Erneuerbaren Energien erfolgen. Insbesondere der Ausbau der Offshore-Windenergie steht in direkter Konkurrenz zu neuen Kohlekraftwerken. Es liegt daher auch im Interesse Bremens zu verhindern, dass durch den Neubau von Kohlekraftwerken in Norddeutschland ein Sperrriegel gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien errichtet wird.

9. Klimaschutz gemeinsam machen / Beteiligung organisieren

Für erfolgreichen Klimaschutz ist eine Beteiligung der relevanten Akteure und gesellschaftlichen Gruppen auf Landesebene, aber auch in den einzelnen Stadtteilen, notwendig.

Beschluss: Einstimmig